Die weitere Aussprache über die Selbstschutzverbände.

Eine zweite Rede des Innenministers Severing.

Die gestrige Landtagssitzung.

Abschluß der Interpellationsdebatte.

In der Aussprache über die Große Anfrage der Sozialdemokraten wegen der Umtriebe der rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen führt

Abg. **Schlange** (Deutschnat.) in seinen Ausführungen (die zum Teil im Abendblatt wiedergegeben worden sind) fort: Die Behörden können die einzelnen Verbände nicht auseinanderhalten; so haben sie den Nationalverband deutscher Soldaten mit dem Verband nationalgesinnter Soldaten verwechselt. Dabei hat sich der Nationalverband gerade deswegen von dem anderen getrennt, weil er absolut auf dem Boden des Rechts stehen wollte. Nach und nach sind so ziemlich alle rechtsstehenden Verbände verboten, auch wenn sie mit Selbstschutz gar nichts zu tun haben. Wenn man die rechtsstehenden Kreise, nur weil sie monarchistische Gesinnung haben, unschuldigerweise (Lachen links) dauernd so behandelt, dann muß die Einheitsfront zerbrechen.

Nach dieser Rede verlassen die Mitglieder der Rechten bis auf zwei den Saal.

Abg. **Eberlein** (Komm.): Herr Severing hat eine sogenannte Rede gegen die Rechte und gegen die Roßbach-Leute gehalten. Er hat damit geschlossen, daß auch er lösgehen werde; nach seiner Vergangenheit wird er lösgehen gegen die Kommunisten. Diese werden tun, was das Interesse des Proletariats erfordert. In Berlin sind die Roßbach-Leute ganz militärisch organisiert. Hier und überall in Preußen sucht man auch Arbeiter für diese illegalen Verbände, namentlich für den „Fridericus Rex" einzufangen, in Spandau erfolgt die militärische Einkleidung. Diese Kompagnien sind sogar mit Flammenwerfern ausgerüstet. Auf dem Lande stehen die Landräte mit diesen Geheimverbänden, die den Sturz der Republik betreiben, in engster Beziehung. Gegen diese Gefahr will und kann Herr Severing nichts ausrichten. Die bedrohten Elemente des Volkes müssen sich in Zukunft selbst schützen (Zustimmung b. d. Kommunisten; Ruf rechts: Schöne Aussichten!)

Abg. **Heilmann** (Soz.) (wird von den Kommunisten, als er die Tribüne betreten hat, mit andauerndem Lärm begrüßt, der sich erst nach einiger Zeit legt): Als bei Herrn Wulle Haussuchung gehalten wurde, wurde er aufgefordert, doch die Schlüssel zu bringen, damit nicht aufgebrochen zu werden brauchte. Herr Wulle aber weigerte sich, weil er eine Verhaftung befürchtete. Als ihm dann bemerkt wurde, es liege gar kein Befehl zur Verhaftung vor, schickte er seine Frau mit den Schlüsseln. (Große Heiterkeit.) Bisher ist der Kampf gegen die nationalistischen Verschwörer nicht immer von Erfolg gewesen. Das kommt daher, daß im Verwaltungskörper noch zu viel Leute sitzen, die mit dem Herzen bei der Sache der Nationalisten sind. Dann hat der Druck von außen den militaristisch-nationalistischen Geist neu anschwellen lassen. Schließlich kommt das kommunistische Treiben hinzu. (Lärm bei den Kommunisten.) Allerdings sind die Hetzer von rechts gefährlicher, sie haben Handgranaten und Revolver, die von links haben nur das große Maul. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Aber mit ihrem Maulwerk treiben sie das Bürgertum in die Reihen der Rechtsverschwörer und machen es zum Opfer politischer Hochstapler. (Lärm bei den Kommunisten.) **Die Kommunistische Partei ist so klein geworden, daß sie den Staat nicht mehr gefährdet,** daß sie nur noch Versammlungen sprengen und den Abg. Künstler verprügeln konnte. (Lärm und Zurufe bei den Kommunisten.) **Auf den Boden der Selbstschutzorganisation werden wir jetzt nicht treten.** (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Erst wenn sich die Staatsgewalt zu schwach erweist, nur dann kommt die Bildung proletarischer Abwehrorganisationen in Frage. (Unruhe bei den Kommunisten.) Ich hoffe zuversichtlich, daß der Staat beiden Seiten in kurzem mit rücksichtslosem Zugreifen beweisen kann, daß er stark ist.

Minister Severing:

Ich bitte Herrn Schlange, mir zu sagen, wie man fest durchgreift, ohne gleichzeitig Gewalt anzuwenden, denn das wollte er ja. Die Prüfung des Materials hat übrigens schon heute dazu geführt, daß **die Deutschvölkische Freiheitspartei in Preußen verboten** worden ist. (Hört! Hört!) Herr Schlange meint, der Brandenburgische Heimatbund habe nur einen „Sprachfehler" begangen. Ach nein, es handelt sich um ein fein ausgeklügeltes Programm für den Liefer-streik der Landwirte. **Haftbefehle gegen Reichstagsabgeordnete** sind von niemand in meinem Ministerium ausgestellt und auch von der Reichsregierung nicht aufgehoben worden. (Hört! hört! links.) Die Kreuzung zwischen Eberlein und Schlange muß etwas ganz Merkwürdiges werden. (Heiterkeit.) Der eine sagt, im Ministerium des Innern wache jeder, was er will, der andere sagt, dort säßen die Vertrauensleute der Orgesch. (Abg. Scholem, Komm.: Ist der Oberspitzel Weißmann etwa kein Orgesch?) Der eine sagt, der Nationalverband deutscher Soldaten sei zwar aufgelöst, existiere aber weiter, der andere sagt, er sei nicht nur aufgelöst, sondern sogar sein Vermögen sei beschlagnahmt. **Dieser Nationalverband ist erledigt,** glauben Sie mir. (Rufe bei den Kommunisten: Nein!) Ich kann nicht verhindern, daß seine Mitglieder sich einer anderen bestehenden oder neu zu gründenden Organisation anschließen. Aber auch diese werden überwacht. (Abg. Scholem: Von Weißmann!) Und stellt es sich heraus daß ihre Tätigkeit dieselbe ist wie die des Nationalverbandes, **so werden auch die neuen Verbände aufgelöst.** Und einmal kommen wir doch zu der Atmosphäre, die es den rechts- und linksgerichteten Kreisen in Preußen als untunlich erscheinen läßt, noch weiter solche Organisationen zu unterhalten. Wenn ich den Stahlhelm, den Jungdeutschen Orden und den Nationalverband deutscher Soldaten vergleiche, muß ich doch sagen, daß die polizeilichen Zugriffe in den Jahren 1921 und 1922 gewirkt haben. (Lachen bei den Kommunisten.) Und wenn durch die Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und ihre enge Verbindung mit der Vaterlandspartei in München wieder dieselbe Situation geschaffen wird, wie im Jahr 1921, dann können Sie überzeugt sein, daß das Dreinschlagen, das ich angekündigt habe, die Gesundung herbeiführen wird. Es ist nicht richtig, daß im Ministerium des Innern noch die alten Kreisräte der Einwohnerwehren irgendwelche Tätigkeit ausüben. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Sie sind damals ebenfalls entlassen worden. Ich habe auch ihre Bezüge gesperrt, bis leider die Gerichte sie ihnen gegen mein Erwarten noch für einige Zeit zusprachen.

Mit General v. Seeckt habe ich seit einem Jahre nicht gesprochen. Die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium hatten den Zweck, Klarheit zu schaffen über die Beteiligung von Reichswehroffizieren an rechtsgerichteten Organisationen und darüber, ob Uebungsplätze und andere militärische Gelände solchen Verbänden zur Verfügung stehen. Mein Eingreifen hat auch Erfolg gehabt. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stehen in Deutschland 100 000 Mann Reichswehr und im besten Falle 150 000 Mann Polizei zur Verfügung. Die **Befürchtungen der Entente** und die Hoffnungen einiger rechtsgerichteter Kreise, daß wir mit den Waffenbeständen außerhalb der Reichswehr und Polizei im Westen aktiven Widerstand leisten können, sind völlig grundlos. **Aber soviel Pistolen und Jagdflinten lassen sich doch auftreiben, daß den 250 000 Mann eine fast gleichstarke bewaffnete Organisation aus dem einen oder anderen Lager gegenübergestellt werden könnte. Daraus kann man sich ein Bild machen, welche Gefahr für den Staat entsteht, wenn den Ideen der Selbstschutzorganisationen auch nur die geringsten Konzessionen gemacht werden.** Wenn polnische Banden in deutsche Dörfer einfallen, würde ich der letzte sein, der es den Bewohnern verdenkt, daß sie jedes Mittel zur Abwehr ergreifen. Aber die Organisationen, die heute zur Debatte stehen, wollen etwas ganz anderes, als polnische Banden über die Grenze zurücktreiben. Sie bereiten den Hochverrat vor. Und da kann es unter keinen Umständen Nachsicht geben. Der Minister verliest nunmehr einen **Erlaß über Versammlungen des Selbstschutzes und der politischen Parteien.** Darin werden alle Dienststellen ausdrücklich angewiesen, gegen alle Organisationen, die sich unbefugt polizeiliche Befugnisse anmaßen und Ruhe und Ordnung stören, ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung mit aller Schärfe vorzugehen. Andererseits habe die Polizei durchaus die Pflicht, nicht verbotene Versammlungen erforderlichenfalls in ausreichendem Maße mit ihren Machtmitteln zu schützen. Der Minister schließt: Alle Hinweise auf eine Gefährdung der Versammlungsfreiheit erscheinen also deplaciert. Wenn es Ihnen Ernst ist, mit der politischen Freiheit im allgemeinen und mit der Versammlungsfreiheit im besonderen, so blasen Sie Ihre Stoßtrupps und Ihren Versammlungsschutz ab! (Lärm bei den Kommunisten.)

Die weitere Debatte.

Abg. **Baumhoff** (Zentr.): Unsere Stellung zu den verbotenen Selbstschutzorganisationen ist klar und eindeutig. Wir erwarten, daß das Verbot respektiert wird. Die Erfahrungen des Falles Roßbach zeigen, wie gefährlich diese Organisationen sind. Hoffentlich war die Sympathiebekundung des Kollegen Schlange für die Deutschvölkischen nur ein Lapsus. Andererseits haben die proletarischen Hundertschaften dieselbe Gegnerschaft von uns zu erwarten; zumal sie im besetzten Gebiet von den Franzosen offensichtlich begünstigt werden. In unserem unglücklichen Vaterland mögen viele den aktiven Widerstand als Fortsetzung des passiven für unvermeidlich halten; wir sehen die Propaganda des aktiven Widerstandes geradezu als den Verbrechen an: Frankreich und Poincaré warten ja nur darauf, und unsere außenpolitische Situation wäre geradezu verzweifelt. Der heldenhafte Widerstand an Ruhr und Rhein wird weiter ein passiver sein.

Abg. **v. Campe** (D. Vp.): Zu meiner Freude kann ich erklären, daß wir mit dem Minister in der Hauptsache einverstanden sind. Wir billigen, daß der Minister mit aller Energie gegen Selbstschutzorganisationen mit hochverräterischen und verbrecherischen Tendenzen vorgeht, gleichmäßig gegen rechts und links. Der Staat muß im unbestrittenen Besitz der polizeilichen Funktion sein. Heute sollten wir uns alle auf den Boden des bestehenden Staates stellen. Erörterungen über die beste Staatsform sollten wir heute nicht anstellen, sondern sie dem verstorbenen Plato überlassen. Die kommunistische Gefahr ist mit einer Handbewegung nicht abgetan, es genügt nicht, wenn der Minister zu den Kommunisten sagt: „Ihr seid politische Kinder". (Zurufe der Kommunisten.) Als Redner weiter gegen die Kommunisten sich wendet und Abg. Schulz-Neukölln ihm zuruft: „Herr v. Campe, Sie haben wohl geschlafen!", fährt Redner fort: Wenn es noch Hofnarren gäbe, würde ich Ihnen, Herr Schulz, raten, sich um eine solche Stelle zu bewerben. (Heiterkeit.) Niemals war das Spielen mit dem Feuer gefährlicher als jetzt. Wir müssen Staat und Volk Zeit und Ruhe zu wirtschaftlicher und politischer Tätigkeit geben.

Abg. **Ruschke** (Dem.): Der Gedanke der gewaltsamen Abwehr nach Westen wäre nicht so weit gediehen, wenn man in der Regierung die andern Abwehrmittel besser herausgearbeitet hätte. Jede Gewaltpolitik stärkt die Stellung Poincarés. (Zustimmung.) Der Druck von außen hat vielen Deutschen die Köpfe verwirrt. Wir sind dem Minister dankbar, daß er uns Aufklärung gegeben hat. Heute wissen wir, daß wir eine Einheitsfront Ludendorff—Hitler—Wulle haben. Das ist eine sehr ernste Sache. **Die jetzt getroffenen Vorbereitungen waren viel größer als vor dem Kapp-Putsch.** Machen Sie sich klar, was das in diesem Augenblick heißt! Man steht starr vor gewissen Verirrungen. Dieselben Kreise, die seinerzeit Bayern von Deutschland trennen wollten und darüber mit Frankreich verhandelten, unter der Bedingung, daß Bayern aus den Reparationsverpflichtungen herausbliebe, wollen jetzt die deutsche Jugend verderben. (Sehr wahr! links.) Mit wahrhaft kaninchenhafter Fruchtbarkeit wachsen die nationalistischen Neugründungen aus dem Boden. Alle diese Organisationen warten nur auf den Tag der Gegenrevolution. (Sehr wahr! links.) Oft nehmen sie harmlose Namen an. Zum Beispiel hat sich die Abteilung Roßbach für Mecklenburg in einen Verein für landwirtschaftliche Berufsausbildung verwandelt. In einer Versammlung dieses Vereins ließ man die Rathenau-Mörder hoch leben. Unter der Maske des oberschlesischen Grenzschutzes sind auch hie und da recht schlimme Dinge verübt worden. Bedenklich ist die Ansicht des Abg. Heilmann, Selbstschutzorganisationen dürften dann gegründet werden, wenn die Regierung versagt. In einem solchen Falle muß das Parlament der Regierung den Rücken stärken. In Sachsen haben die Sozialdemokraten den Kommunisten die Konzession gemacht, daß proletarische Selbstschutzorganisationen gebildet werden dürfen. Der Minister hat festgestellt, daß auch Mörder abgesandt würden, um Parteiführer in Berlin abzutun. Nun, **neulich ist auch an meine Frau ein Drohbrief gelangt, worin in Aussicht gestellt wurde, daß man mich ums Leben bringen werde.** (Bewegung.) Wir stimmen dem Minister darin zu, daß es Pflicht der Regierung ist, mit aller Energie gegen gesetzwidrige Organisationen einzuschreiten.

Abg. **v. d. Osten** (Deutschnat.): Die Aeußerungen meines Freundes Schlange haben zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Wir weichen von jeder Desperadopolitik grundsätzlich ab. Von den Kampfmethoden der Deutschvölkischen Freiheitspartei trennt uns ein Abgrund. Das wird von dieser Partei auch selbst empfunden und bestätigt. Hiernach ist der vom Abg. Schlange gebrauchte Ausdruck „kameradschaftliche Gefühle" aufzufassen. Der Minister hält die Selbstschutzgebilde auf der Rechten für gefährlicher als die auf der Linken. Da gehen wir ganz abweichende Wege. Wir können die kommunistische Agitation, die Treibereien der „Roten Fahne", nicht als Kindereien abtun. Immer wieder wird hier zum Bürgerkrieg, zum Kampf gegen den bestehenden Staat aufgepeitscht. (Unruhe bei den Kommunisten.) Namentlich auf die Jugend hat man es abgesehen. Der Minister hat die Pflicht, gegen diese Ausschreitungen links und rechts gleichmäßig einzuschreiten.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Die Entwürfe eines Apothekerkammergesetzes und eines Zahnärztekammergesetzes gelangen in zweiter und dritter Lesung en bloc ohne Aussprache zur endgültigen Annahme.

Für die Auffüllung des Fonds zur Ansiedlung werden drei Milliarden Mark nachbewilligt. Die Vorlagen zur Anpassung der Gerichtskosten, der Gebühren für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher sowie der Teuerungszuschläge dazu werden in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommunisten angenommen.

Die bürgerlichen Parteien beantragen ein Gesetz, wonach Betriebe mit weniger Ertrag als 150 000 und weniger Anlagekapital als drei Millionen Mark für 1923 gewerbesteuerfrei sein und nur 100 Mark Betriebssteuer zahlen sollen, während die Gewerbesteuerpflichtigen 1000 Mark Betriebssteuer zu zahlen haben. Es handelt sich nur um eine vorläufige Regelung für die Veranlagung für 1923 bis zum endgültigen Gesetz. Die Bewertungsvorschriften für die Einkommensteuer mit Rücksicht auf die Geldentwertung sollen auf die Gewerbesteuer entsprechende Anwendung finden. Das Gesetz wird unverändert verabschiedet. — Sonnabend 10 Uhr: **Haushalt für Volkswohlfahrt.**

Die Arbeitszeit der Angestellten.

Das Kompromiß im Reichswirtschaftsrat angenommen.

Im Reichswirtschaftsrat wurde der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der Angestellten weiter beraten. Vertreter der Arbeitnehmer lehnten zum Teil das Kompromiß ab, weil das Prinzip des Achtstundentages durchbrochen sei. Bedauert wurde, daß die Frage der Tarifverträge im Kompromiß nicht berücksichtigt ist. Namens der Bankangestellten protestierte das Mitglied Marx dagegen, daß man diese Angestelltengruppe hinsichtlich der Arbeitszeit in eine Ausnahmestellung gedrängt habe, die man mit dem Deckmantel des öffentlichen Interesses zu beschönigen versuche; es bestehe kein Anlaß, die Bankangestellten den privatwirtschaftlichen Interessen der Großbanker auszuliefern. Jedenfalls möchten die Banken bedenken, daß es im Bankgewerbe noch Organisationen gäbe, welche die Kraft in sich fühlten, eine solche Vergewaltigung der Angestellten zu verhindern. Dr. Habersbrunner (Arbeitgeber) bemühte sich darzulegen, daß bei den Banken tatsächlich ein öffentliches Interesse vorliege. Deutschland habe aber keinen Anlaß den Achtstundentag obligatorisch einzuführen, solange sich Frankreich und England weigern, das gleiche zu tun. In der Abstimmung wurde der Antrag der Abteilung I auf Enbloc-Annahme des ganzen Gesetzes angenommen. — Das Haus nahm sodann die Beratung der Arbeitslosenversicherung wieder auf. Ueber den strittigen Paragraph 15 betr. Aussperrung oder Ausstand ist gestern in der Kommission ein Kompromißzustande gekommen, welches den beiderseitigen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gerecht geworden ist. Dieses Kompromiß gelangte mit einer redaktionellen Aenderung zur Annahme. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft stimmten gegen das Gesetz, denn in der Landwirtschaft bestehe, wie erklärt wurde, keine Arbeitslosigkeit. Das Gesetz wurde hierauf angenommen.

Herabsetzung der Kohlensteuer.

Ab 1 April um ein Viertel.

Von unterrichteter Seite erfährt das Wolffsche Bureau, **daß die Kohlensteuer ab 1. April d. J. wahrscheinlich um ein Viertel herabgesetzt werden wird,** und daß außerdem Aussicht besteht, bei den Kohlensyndikaten des unbesetzten Deutschland auch den eigentlichen Kohlenpreis etwas zu senken. Der Reichskohlenverband hat seine Mitglieder zur Beschlußfassung hierüber auf Dienstag, 27. d. M., eingeladen.

Festnahme des Smeets-Attentäters.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Köln, 23. März.

Der unter dem dringenden Verdacht des Attentats auf Smeets gesuchte Mechaniker Karl Deutzmann ist heute in Köln von Beamten der staatlichen Polizei festgenommen worden. Er leugnet zwar, ist aber nach Mitteilung der Kriminalpolizei durch die Zeugen der Tat erkannt und überführt.

* Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an den Vorsitzenden des **Auswärtigen Ausschusses,** Abgeordneten Dr. Stresemann, das Ersuchen gerichtet, eine Sitzung des Ausschusses in den allernächsten Tagen stattfinden zu lassen. Anlaß dazu gab, wie der „Vorwärts" mitteilt, die Münchener Rede des Reichskanzlers Dr. Cuno, die von der Rechtspresse in einer den deutschen Interessen abträglichen Weise ausgelegt wird.

* In der von Dr. Stricker herausgegebenen Sammlung **„Die politischen Parteien der Staaten des Erdballs"** (Regensbergsche Buchhandlung, Münster i. W.) erscheint soeben das erste Heft „Dänemark" von Paul Graae.

Die neue Schauspielerregierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dr. St. Leipzig, 23. März.

Unser Leipziger Korrespondent telegraphiert von der Bühnengenossenschaftstagung: Nachdem gestern vormittag Präsidium und Verwaltungsrat ihre Aemter niedergelegt hatten, weil nach ihrer Meinung die neugeschaffenen Satzungen durch Obstruktion und Verschleppungsmanöver gefährdet seien, beschäftigte sich die Versammlung während des ganzen Nachmittags mit der notwendig gewordenen Neuwahl. Das Ergebnis ist folgendes: Zu kooptierten Präsidenten wurden gewählt Rickelt mit 182 und Wallauer mit 231 Stimmen. Körner (Berlin) erhielt 50 Stimmen, die übrigen Stimmen sind zersplittert. Die Wahl zum Verwaltungsrat ergab Wiederwahl von Otto, Gläser, Ingenohl, Lind, Grete Ilm; Felbhammer und Ebersbacher scheiden aus. Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der stellvertretende Versammlungsleiter Baumbach (Karlsruhe) fragte Rickelt und Wallauer, ob sie die Wahl annehmen. Wallauer als Wortführer erklärte daß er auf 24 Delegiertenversammlungen mit Rickelt Schulter an Schulter gestanden und gekämpft habe. Niemals würde er den Posten annehmen, wenn nicht Rickelt gleichfalls mit ihm das Präsidentenamt weiterführte. Bei den Angriffen, denen das Präsidium in den letzten Jahren ausgesetzt war, hätte er in ruhigen Zeiten längst den Kram hingeworfen. Nur die Schwere der Zeit hätten ihn und Rickelt bisher veranlaßt, auf ihren Posten auszuharren. Beide erklärten unter stürmischem Beifall, daß sie die Wahl annehmen. Ebenso nahm der neugewählte Verwaltungsrat die Wahl an. Das Ergebnis der Wahl ist eine neue Vertrauenserklärung für die leitenden Persönlichkeiten der Bühnengenossenschaft und für ihre Geschäftsführung. Sie wird das Ergebnis haben, daß der übrige Teil der Tagesordnung, besonders die neuen Satzungen glatt erledigt werden wird.

Z „Proserpina" und „Totentanz". Das Melodram „Proserpina", das bei der Morgenfeier der Goethe-Gesellschaft am Palmsonntag, den 25. März, 11¼ Uhr, im Theater am Kurfürstendamm durch Tilla Durieux zum Vortrag kommt, ist von Goethe als Totenklage für die Nichte Glucks gedichtet und später für Corona Schröter als Einlage in den „Triumph der Empfindsamkeit" eingefügt worden. Der von Doktor Malsch eingerichtete mittelalterliche „Totentanz" wird von Schülern des Heinrich-v.-Kleist-Gymnasiums ausgeführt werden. Die von Robert Störry vorgetragenen Vertonungen Goethescher Lieder rühren von Beethoven, Schubert usw. her.

Eröffnung der Berliner Sezession. Die Berliner Sezession eröffnet heute vormittag eine neue Ausstellung in ihren Räumen am Kurfürstendamm, die nun nach dem kurzen Interregnum einer russischen Kleinkunstbühne wieder der Künstlervereinigung zur Verfügung stehen. Der Präsident der Berliner Sezession, Lovis Corinth, wird die Veranstaltung mit einer Rede eröffnen.

Der Austritt Einsteins aus der Völkerbundskommission für geistige Arbeit wird, wie unser Korrespondent telegraphiert, von den Pariser Blättern verzeichnet, aber nicht kommentiert. Nur „Journal des Débats" bedauert, daß dieser deutsche Willensakt bei dem naturalisierten Schweizer zur Erscheinung gekommen ist. In den wissenschaftlichen Kreisen scheint, wie sich aus einer Unterhaltung schließen läßt, der Eindruck stärker zu sein. Einstein hat in Paris viele Freunde und noch mehr Bewunderer gehabt. Der Austritt dieses weltberühmten Pazifisten aus dem Völkerbund wird nicht ohne Wirkung bleiben.